

Christoph Butterwegge

Die zentralen Herausforderungen für den Antifaschismus: Globalisierung, Neoliberalismus und Rechtsextremismus

Antifaschist(inn)en haben heute eine doppelte Aufgabe, die manchmal einem Spagat gleicht: Sie müssen sowohl die Erinnerung an die (deutsche) NS-Vergangenheit wach halten und dafür sorgen, dass die Verbrechen des Faschismus und der Widerstand dagegen nicht in Vergessenheit geraten, als auch bemüht sein, in die Zukunft zu blicken und zu analysieren, welche Rahmenbedingungen künftig im Kampf gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus von Bedeutung sind. Ein hierfür entscheidendes Bindeglied zwischen Vergangenheit und Zukunft, das die Gegenwart wesentlich bestimmt, ist die Globalisierung samt ihren Konsequenzen für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft.

„Globalisierung“ avanciert immer mehr zu einer Schlüsselkategorie bzw. zu einer Kernideologie unserer Zeit. Obwohl oder richtiger: gerade weil dieser Terminus vage und vieldeutig ist, liefert er Politik und Publizistik, aber auch den Wissenschaften ein interdisziplinäres Paradigma,¹ das die epochale Wende nach Ende der Systemauseinandersetzung zwischen Plan- und Marktwirtschaft bzw. (Staats-)Sozialismus und Kapitalismus widerspiegelt. Selbst wenn die Globalisierung einen medial erzeugten und massenhaft reproduzierten Mythos darstellt, wie Kai Hafez mit Blick auf die neuen Medien mutmaßt,² erlangt sie schon dadurch gesellschaftliche Wirkungsmächtigkeit, dass subjektive Überzeugungen, die Millionen Menschen überall auf der Welt teilen, einen objektiven Machtfaktor bilden (Thomas-Theorem).

Versteht man unter Globalisierung einen Prozess, der nationalstaatliche Grenzen überschreitet und der Tendenz nach überwindet, zur Ausweitung wie zur Intensivierung wissenschaftlich-technischer, ökonomischer, politischer, sozialer bzw. kultureller Beziehungen zwischen den Kontinenten führt und zum Schluss den ganzen Erdball umspannt, bleibt auch der moderne Rechtsextremismus davon nicht unberührt, sondern wird auf drei Ebenen erfasst:

1. Aufgrund der Globalisierung verändern sich die gesellschaftlichen Rahmen-, Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen des Rechtsextremismus. Durch die ökonomische Globalisierung und die damit einhergehenden sozialen Verwerfungen gewinnen rechtsextreme Organisationen bzw.

¹ Vgl. dazu: Jens Badura/Lothar Rieth/Fabian Scholtes (Hrsg.), „Globalisierung“. Problemsphären eines Schlagwortes im interdisziplinären Dialog, Wiesbaden 2005

² Vgl. Kai Hafez, Mythos Globalisierung. Warum die Medien nicht grenzenlos sind, Wiesbaden 2005

Parteien viele neue Anhänger, Mitglieder und Wähler, verbessern sich aber auch ihre politischen Handlungsmöglichkeiten.

2. Der organisierte Rechtsextremismus „globalisiert“ sich, indem er transnationale Netzwerke schafft und die Barrieren der Kooperation mit ausländischen Gesinnungsgenossen niederreißt.
3. „Globalisierung“ wird selbst zum Gegenstand der rechtsextremen Agitation und Propaganda, was sich einerseits in Kampfparolen des traditionellen Rechtsextremismus gegen die Willkür des globalisierten Kapitals und für „deutsche Arbeit“ niederschlägt, andererseits Markt, Leistung und Konkurrenz für Neurechte zur politisch-ideologischen Trennlinie macht, an der sich Freund und Feind scheiden.

Rechtsextremismus ist – wie alle politischen Phänomene – von den jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht abzulösen, sondern nur im Kontext der aktuellen Weltmarktdynamik zu verstehen. Um die richtigen, Erfolg versprechenden Strategien gegen den Rechtsextremismus entwickeln zu können, braucht man deshalb Kenntnisse seiner Rolle im bzw. für den gegenwärtigen Kapitalismus. In letzter Zeit werden die Zusammenhänge zwischen der Globalisierung, neoliberaler Ideologie und rechtsextremer Mobilisierung in der Fachdiskussion häufiger thematisiert, nachdem sie im Rahmen wissenschaftlicher Analysen zum organisierten Rechtsextremismus lange höchstens eine Nebenrolle gespielt hatten. Während uns die organisatorische Ebene hier weniger interessiert, obwohl dort momentan für den Rechtsextremismus gleichfalls wichtige Veränderungen stattfinden,³ stehen die inhaltliche und die Wirkungsebene im Mittelpunkt der folgenden Betrachtungen, weil sie das Fundament einer Ursachenanalyse bilden.

Faktoren zur Erklärung des zeitgenössischen Rechtsextremismus: Konkurrenz im Wirtschaftsleben und politische (Un-)Kultur

Falsch wäre es, Rechtsextremismus als Desintegrationsphänomen oder Jugendproblem zu begreifen. Sein organisierter Kern ist auch keine Protestbewegung, die sich für sozial benachteiligte Deutsche einsetzt.⁴ Vielmehr grenzt er die Menschen mit Behinderungen, Obdachlose, Homosexuelle und Asylbewerber/innen gleichermaßen aus, will ihnen staatliche Leistungen vorenthalten und/oder sie durch Zwangsmaßnahmen disziplinieren. Es geht also nicht um eine Negation, sondern gerade um die – bis zur letzten Konsequenz getriebene – Realisation

³ Vgl. dazu: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus? – Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006

⁴ Vgl. zur Kritik solcher Deutungsmuster: Christoph Butterwegge, Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996, S. 64 ff.; ders., Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt? – Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsursachen eines unbegriffenen Problems, in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, 2. Aufl. Opladen 2001, S. 17 ff.

herrschender Normen (Beurteilung einer Person nach der ökonomischen Verwertbarkeit, Leistungsfähigkeit bzw. Systemangepasstheit) und gesellschaftlicher Funktionsmechanismen wie der Konkurrenz.

Hier wird ein Erklärungsmodell präferiert, das die Konkurrenz als Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems, Erblasten der politischen Kultur in Deutschland und aktuell die Globalisierung bzw. neoliberale Modernisierung nicht nur des Wohlfahrtsstaates,⁵ sondern fast aller Bereiche der Gesellschaft für (Standort-)Nationalismus, Rassismus und rechte Gewalt verantwortlich macht. Der modernisierte Rechtsextremismus verklammert Nationalismus und Wirtschaftsliberalismus in einer Weise miteinander, die populistische Anrufungen ermöglicht bzw. erleichtert: „Konstruktionen des Nationalen werden (...) als ideologisches Bindemittel genutzt, um soziale Frustration in autoritäre, obrigkeitsstaatliche Orientierungen zu überführen.“⁶

Neben den ökonomischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die im Zuge der Globalisierung eine neue Gestalt annehmen, prägt die politische Kultur eines jeden Landes seine extreme Rechte, deren Ideologie, Organisationsstrukturen und Führerpersönlichkeiten, aber auch die Art und Weise, wie ihnen demokratische Kräfte begegnen.⁷ Erblasten der politischen Kultur in Deutschland waren und sind zum Teil noch immer: ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken, die Fixierung auf Staat (Etatismus) und Obrigkeit (Untertanenmentalität), politischer Konformismus und übertriebene Harmoniesucht, Autoritarismus und Antipluralismus, Antiintellektualismus und Irrationalismus, ein Hang zum (rechtlichen) Formalismus, die preußische Ordnungsliebe sowie eine Schwäche vieler Männer für militärische Disziplin.⁸ Sie gipfelten in einem aggressiv-militanten Nationalismus, weil Deutschland als „verspätete Nation“ (Helmuth Plessner), von der Ungleichzeitigkeit zwischen Industrialisierung und Demokratisierung geprägt, wenn nötig auch mit Waffengewalt einen „Platz an der Sonne“ – das meinte: Weltmachtstatus – zu erlangen suchte.

Trotz verheerender Niederlagen in zwei Weltkriegen wurzelt der Glaube, dass „wir Deutsche“ ein besonders fleißiges, tüchtiges und begnadetes Volk seien, noch immer tief im Massenbewusstsein. Kurt Sontheimer weist auf die Kontinuität antidemokratischen Denkens hin, bemerkt aber auch,

⁵ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, Wiesbaden 2005

⁶ Klaus Dörre, *Globalisierung – Ende des rheinischen Kapitalismus?*, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt am Main 2001, S. 79

⁷ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, *Ambivalenzen der politischen Kultur, intermediäre Institutionen und Rechtsextremismus*, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Opladen 2001, S. 292 ff.

⁸ Vgl. dazu: Kurt Sontheimer, *Deutschlands Politische Kultur*, 2. Aufl. München/Zürich 1991; Bergem, Wolfgang: *Tradition und Transformation. Eine vergleichende Untersuchung zur politischen Kultur in Deutschland*, Mit einem Vorwort von Kurt Sontheimer, Opladen 1993; Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen, *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland*, München/Leipzig 1993

dass sich seit der Weimarer Republik die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen dafür grundlegend verändert haben.⁹ Eine Renaissance des Nationalismus setzte nicht erst mit der DDR-„Wende“ im Herbst 1989 und der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990, sondern bereits nach dem Regierungswechsel im Oktober 1982 ein, als sich die CDU/CSU/FDP-Koalition der sog. Deutschen Frage zuwandte und diese in „Berichten zur Lage der Nation“ wieder für offen erklärte. Wenig später hielt das Deutschlandlied (manchmal sogar mit allen drei Strophen) in Schulbücher, Klassenräume, Fußballstadien sowie Sendeanstalten Einzug.

Forderungen nach einer Neukonturierung der „nationalen Identität“ fungierten als Brücke zwischen der „liberal-konservativen Mitte“ und der extremen Rechten. Als der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl am 8. Mai 1985 gemeinsam mit US-Präsident Ronald Reagan den Soldatenfriedhof in Bitburg besuchte, wo sich zahlreiche Gräber von Angehörigen der Waffen-SS befinden, wurden die NS-Täter durch einen symbolischen Akt rehabilitiert. Micha Brumlik sah in diesem „obszönen Ritual“ ein Signal zur „Rechtsverschiebung des bürgerlichen Lagers“ durch die CDU/CSU: „Im Jahre 1985, vierzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus, leitete die große konservative Volkspartei den ideologischen Rechtsruck ein.“¹⁰

1986/87 wurde im sog. Historikerstreit versucht, die partielle Liberalisierung der politischen Kultur, meist mit der Schüler- und Studentenbewegung bzw. „1968“ assoziiert, durch eine Relativierung der Shoah und der NS-Verbrechen rückgängig zu machen. Langsam verschob sich das politische Koordinatensystem der Bundesrepublik nach rechts.¹¹ Debatten über Martin Walsers Friedenspreis-Rede, über die Hamburger Wehrmachtsausstellung, über das Berliner Holocaust-Mahnmal, über das „Schwarzbuch des Kommunismus“, über „Hitlers willige Vollstrecker“ von Daniel J. Goldhagen und über Norman G. Finkelsteins „Holocaust-Industrie“ fußten letztlich auf diesem Tabubruch, weil sie sonst nicht möglich bzw. nötig gewesen wären.¹²

⁹ Vgl. Kurt Sontheimer, Die Kontinuität antidemokratischen Denkens. Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik, in: Wolfgang Gessenharter/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004, S. 19 ff.

¹⁰ Micha Brumlik, Das Öffnen der Schleusen. Bitburg und die Rehabilitation des Nationalismus in der Bundesrepublik, in: Georg M. Hafner/Edmund Jacoby (Hrsg.), Die Skandale der Republik, Frankfurt am Main 1989, S. 264

¹¹ Vgl. z.B. Heinrich Senfft, Kein Abschied von Hitler. Ein Blick hinter die Fassaden des „Historikerstreits“, Köln 1990

¹² Vgl. dazu: Wolfgang Wippermann, Wessen Schuld? – Vom Historikerstreit zur Goldhagen-Kontroverse, Berlin 1997; Martin Dietzsch/Siegfried Jäger/Alfred Schobert (Hrsg.), Endlich ein normales Volk? – Vom rechten Verständnis der Friedenspreis-Rede Martin Walsers. Eine Dokumentation, Duisburg 1999; Gerd Wiegel/Johannes Klotz (Hrsg.), Geistige Brandstiftung? – Die Walser-Bubis-Debatte, Köln 1999; Micha Brumlik/Hajo Funke/Lars Rensmann, Umkämpftes Vergessen. Walser-Debatte, Holocaust-Mahnmal und neuere deutsche Geschichtspolitik, Berlin 2000; Michael Klundt, Geschichtspolitik. Die Kontroversen um Goldhagen, die Wehrmachtsausstellung und das „Schwarzbuch des Kommunismus“, Köln 2000; Ernst Piper (Hrsg.), Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie? – Zur Auseinandersetzung um Norman Finkelstein, Zürich 2001; Petra Steinberger (Hrsg.), Die Finkelstein-Debatte, München/Zürich 2001

Deutschnationalismus, Kulturrassismus und Wohlstandschauvinismus nach der Wiedervereinigung

Die deutsche Vereinigung hat den Nationalismus wieder zu einer relevanten Größe gemacht. Nun bekamen Kräfte spürbar Auftrieb, denen „das Nationale“ immer schon mehr als „das Soziale“ am Herzen gelegen hatte. Zwar konnten REPublikaner, DVU und NPD von dem „Jahrhundertereignis“ nicht profitieren, sondern eher die Unionsparteien, als eigentliche Sieger fühlten sich aber jene, die nach „Mitteldeutschland“ nun auch die ehemaligen Ostgebiete des sog. Dritten bzw. Großdeutschen Reiches „heimholen“ wollten.

Wiewohl es nach der Vereinigung von DDR und Bundesrepublik weder hüben noch drüben einen „Nationalrausch“ (Wolfgang Herles) gab, hat eine partielle Renationalisierung der Politik und der politischen Kultur stattgefunden.¹³ Die am 20. Juni 1991 getroffene Entscheidung des Parlaments, in das Reichstagsgebäude nach Berlin überzusiedeln, wurde zumindest in Teilen der Öffentlichkeit als Distanzierung von der „Bonner Republik“, als definitive Abkehr von der Westorientierung und „Rückbesinnung auf die Nation“ interpretiert. Seit nicht mehr zwei Teilstaaten existieren, erscheint Deutschland wieder als politisches Kollektivsubjekt, das „selbstbewusst“ handeln soll und seinen Bürger(inne)n mehr Leistungs- bzw. Leidensfähigkeit abverlangen muss.¹⁴ Nach der neoliberalen Standortlogik geführt, ist dieser Deutschland-Diskurs nicht frei von apokalyptischen Untertönen. Genannt seien nur die Bestseller von Meinhard Miegel, Hans-Werner Sinn und Gabor Steingart.¹⁵

Politisch-kulturelle Traditionen entscheiden mit darüber, auf welche Art eine Wirtschaftskrise oder eine gesellschaftliche Umbruchsituation, etwa DDR-„Wende“ und deutsche Wiedervereinigung, kollektiv „verarbeitet“ werden. Sofern ausgrenzend-aggressive Momente in der politischen Kultur eines Landes dominieren, werden die gesellschaftlichen Verteilungskämpfe zu Abwehrgefechten der Einheimischen gegen „Fremde“ und zu interkulturellen Konflikten hochstilisiert. Die 1991/92 extrem zugespitzte Asyldebatte hat nicht nur dem Grundrecht selbst geschadet, sondern auch die

¹³ Vgl. dazu: Andreas Dietl/Heiner Möller/Wolf-Dieter Vogel, Zum Wohle der Nation, Berlin 1998; Siegfried Jäger u.a., Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart, Duisburg 1998; Margret Jäger/Siegfried Jäger, Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens, Berlin 1999

¹⁴ Vgl. z.B. Arnulf Baring, Deutschland, was nun? – Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler, Berlin 1991; Heimo Schwilk/Ulrich Schacht (Hrsg.), Die selbstbewußte Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, 2. Aufl. Berlin/Frankfurt am Main 1994; Arnulf Baring, Scheitert Deutschland? – Abschied von unseren Wunschwelten, Stuttgart 1997

¹⁵ Vgl. Meinhard Miegel, Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen, 2. Aufl. Berlin/München 2002; Hans-Werner Sinn, Ist Deutschland noch zu retten?, 8. Aufl. München 2004; Gabor Steingart, Deutschland. Der Abstieg eines Superstars, 14. Aufl. München/Zürich 2004

Verfassung und die demokratische Kultur der Bundesrepublik lädiert.¹⁶ Günter Grass sprach mit Blick auf die Asylhysterie vom „Niedergang der politischen Kultur im geeinten Deutschland“, gar von einem „Rechtsrutsch“, welcher als „bundesweite Verlagerung der politischen Mitte“ begriffen werden müsse.¹⁷ Obwohl im Rahmen des Asylkompromisses zwischen CDU/CSU, FDP und SPD vom 6. Dezember 1992 avisiert, blieb die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, das sich immer noch auf die völkische Abstammungslehre („deutsches Blut“) stützte, bis zum Regierungswechsel 1998 aus und wurde danach nur partiell verwirklicht: „Trotz aller in der Bundesrepublik erfolgten Angleichung an die westliche politische Kultur scheint eine zentrale Kategorie noch nicht heimisch geworden: die der republikanischen Staatsbürgernation.“¹⁸

Symptomatisch dafür war die Unterschriftensammlung von CDU und CSU gegen den „Doppelpass“ (gemeint ist die Tolerierung der doppelten Staatsbürgerschaft) vor der hessischen Landtagswahl im Februar 1999, durch deren Ausgang sich die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat entscheidend zu Gunsten der Union verschoben. Die vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU) initiierte und gemeinsam mit dem damaligen CDU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble sowie Roland Koch, dem Spitzenkandidaten in Hessen, organisierte Kampagne ließ eine politische Arbeitsteilung bzw. Doppelstrategie der beiden Schwesterparteien erkennen: „Die CSU sprach mit populistischen Parolen gegen kriminelle Ausländer und Terroristen ‚das Volk‘ an, die CDU begegnete danach den Vorwürfen, die Aktion sei ausländerfeindlich, mit der Beteuerung, alles geschehe im Namen der Integration, also irgendwie auch zum Wohle der Ausländer.“¹⁹ Dem hatte die rot-grüne Koalition kaum etwas entgegenzusetzen, weil sie ihr Reformziel nur halbherzig verteidigte und freiwillig auf Aktivitäten zur Mobilisierung der Menschen für eine Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrechts verzichtete.

Gudrun Hentges erklärt die Brisanz und Resonanz der im Oktober 2000 entbrannten „Leitkultur“-Diskussion mit dem Zeitpunkt, zu welchem sie geführt wurde: „Ein Jahrzehnt nach der Auflösung des sozialistischen Staatensystems und der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten stellt sich die Frage nach der ‚selbstbewußten Nation‘ neu – nicht nur in der sog. Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sondern auch im Bereich der Ausländer- und Asylpolitik.“²⁰ Gegenwärtig

¹⁶ Vgl. Heribert Prantl, Deutschland – leicht entflammbar. Ermittlungen gegen die Bonner Politik, München/Wien 1994

¹⁷ Günter Grass, Rede vom Verlust. Über den Niedergang der politischen Kultur im geeinten Deutschland, Göttingen 1992, S. 22

¹⁸ Bruno Schoch, Der Nationalismus – bekannt, nicht erkannt, in: Berthold Meyer (Red.), Eine Welt oder Chaos?, Frankfurt am Main 1996, S. 53

¹⁹ Andreas Klärner, Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, Köln 2000, S. 94

²⁰ Gudrun Hentges, Die Büchse der Pandora. Deutsche Leitkultur und nationale Interessen, in: Ulrich Schneider (Hrsg.), Tut was! – Strategien gegen Rechts, Köln 2001, S. 65

avancieren Themen der Rechten zu Themen der Mitte: Zuwanderung, Nationalbewusstsein und demografischer Wandel sind Beispiele dafür, wie die Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer, politischer sowie ökonomischer Prozesse voranschreiten.²¹ „Offenbar bedienen *alle* etablierten Parteien in unterschiedlichem Maße Themen, die ideologische Schnittmengen zwischen sich und rechtsextremen Ideologien erzeugen.“²² Dabei übernimmt der Wohlstandschauvinismus zunehmend jene Rolle, die der Antisemitismus für NS-Agitatoren spielte: „Er steht im Zentrum des öffentlichen rechten Diskurses und stellt die wichtigste Schnittstelle zum Alltagsdenken der Bevölkerung dar.“²³ Gleichzeitig hat der Antisemitismus wieder Hochkonjunktur, was nicht zuletzt auf die ökonomische Globalisierung zurückzuführen ist.²⁴

Beschleunigung der Rechtsentwicklung im Diskurs über Zuwanderung am „Wirtschaftsstandort“

Von der „Leitkultur“-Diskussion, in die sich auch rechtsextreme Medien einmischten, führte ein gerader Weg zur „Nationalstolz“-Debatte, wie schon von der Asyldebatte zur Standortdebatte, die Mitte der 1990er-Jahre das Einfallstor für eine neue Spielart des Nationalismus darstellte. War zuerst die Angst geschürt worden, Ausländer nähmen „den Deutschen die Arbeitsplätze“ weg, so entstand nunmehr der Eindruck, das deutsche Kapital entschwände ins Ausland. Massenmedien spielten bei dieser Panikmache eine Schlüsselrolle.²⁵ Typisch war die Titelzeile „Hochsteuerland Deutschland: Haut Daimler ab in die USA?“ auf Seite 1 der *Bild*-Zeitung am 6. Oktober 1999.

Das verbreitete Bewusstsein, auf den Weltmärkten einer feindlichen Front gegenüber zu stehen und durch „deutschen Erfindungsgeist“, größeren Fleiß und mehr Opferbereitschaft die Überlegenheit des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes unter Beweis stellen zu müssen, kann „Standortnationalismus“ genannt werden. Weniger sinnvoll ist der Begriff „reaktiver Nationalismus“ (Klaus Dörre). Er trifft nämlich weder das Neue im Vergleich zu früheren Erscheinungsformen des Phänomens, weil der Nationalismus immer reaktiv war, noch macht er präzise Aussagen hinsichtlich der damit verfolgten Zielsetzungen. Klaus Dörre, Klaus Kraemer und Frederic Speidel halten den neuen Nationalismus

²¹ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge u.a., Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, Nationalbewusstsein und demografischer Wandel, Opladen 2002

²² Mathias Brodkorb, Metamorphosen von rechts. Eine Einführung in Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus, Münster 2003, S. 152

²³ Ebd., S. 84

²⁴ Vgl. dazu: Mark Weitzmann, Antisemitismus und Holocaust-Leugnung: Permanente Elemente des globalen Rechtsextremismus, in: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus?, a.a.O., S. 52 ff.

²⁵ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Migrationsberichterstattung, Medienpädagogik und politische Bildung, in: ders./Gudrun Hentges (Hrsg.), Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung, Wiesbaden 2006, S. 205

im Unterschied zum „Sozialimperialismus“ des frühen 20. Jahrhunderts für „zutiefst defensiv“,²⁶ ignorieren allerdings, dass sich nur seine Hauptfunktion verändert hat und dass er heute nicht mehr die Eroberung fremder Länder durch den Kolonialismus, sondern gewissermaßen die Abwehr von dessen Spätfolgen (Öko- und Elendsflüchtlinge) flankiert.

Konkurrenzfähigkeit wird im Zeichen der Globalisierung zum Dreh- und Angelpunkt individueller Lebensgestaltung und gesellschaftlicher Entwicklung, was nicht ohne Konsequenzen für das soziale Klima bzw. die politische Kultur bleibt: „Die Betonung des ökonomischen Nutzenkalküls sieht nicht nur von schlichten mitmenschlichen Verpflichtungen ab, sie grenzt auch all jene aus, die uns tatsächlich oder vermeintlich nur zur Last fallen.“²⁷ Für die Nichtdeutschen in Deutschland ergaben sich automatisch ungünstigere Aufenthaltsbedingungen: „In einer Situation, in der das ‚ganze Volk‘ angehalten wird, ‚den Gürtel enger zu schnallen‘, liegt es auf den Stammtischen, daß ‚Fremde‘, seien es Arbeitsmigranten, Asylbewerber oder Flüchtlinge, nicht auch noch von den ohnehin knappen Mitteln bedient werden können. ‚Deutsch sein‘ heißt unter den Bedingungen des modernen Wohlfahrtsstaates, den eigenen Wohlstand zu verteidigen und Ansprüche anderer Gruppen zu delegitimieren und abzuwehren.“²⁸

Dadurch eröffnen sich dem Rechtsextremismus ideologische Anknüpfungspunkte, die es vorher nicht oder nur begrenzt gab. Je enger die Verteilungsspielräume einer Gesellschaft (gemacht) werden, desto mehr wächst die Versuchung, sog. Randgruppen von bestimmten Ressourcen auszuschließen. Ethnisierung ist ein dafür geeigneter Exklusionsmechanismus, der Minderheiten konstruiert, diese negativ („Sozialschmarotzer“) etikettiert und damit Privilegien zementiert.²⁹ Vordergründig geht es bei der Ethnisierung um die „kulturelle Identität“; dahinter stecken aber meist handfeste Interessen und Konflikte, knappe bzw. verknappte gesellschaftliche Ressourcen betreffend. Zuerst werden „die Anderen“ stigmatisiert und ausgegrenzt; mit der Konstituierung bzw. Konturierung einer nationalen oder einer „Volksgemeinschaft“ sind allerdings in der Regel weiter reichende politische und ökonomische Ziele verbunden. Mit der Ethnisierung sozialer Beziehungen korrespondiert eine „Kulturalisierung“ der Politik, die nicht mehr – wie früher

²⁶ Vgl. Klaus Dörre/Klaus Kraemer/Frederic Speidel, Marktsteuerung und Prekarisierung von Arbeit – Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen?, Hypothesen und empirische Befunde, in: Joachim Bischoff u.a., Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, Hamburg 2004, S. 111

²⁷ Gert Schäfer, Ausländerfeindliche Topoi offizieller Politik, in: Wolfgang Kreutzberger u.a., Aus der Mitte der Gesellschaft – Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1993, S. 88

²⁸ Frank-Olaf Radtke, Fremde und Allzufremde. Der Prozeß der Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung (Hrsg.), Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte. Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 11. Oktober 1995 in Erfurt, Bonn 1996, S. 14

²⁹ Vgl. Wolf-Dietrich Bukow, Feindbild: Minderheit. Ethnisierung und ihre Ziele, Opladen 1996

allgemein üblich – auf materielle Interessen zurückgeführt, sondern auf die Wahrung kollektiver Identitäten reduziert wird.

Globalisierung, als neoliberale Modernisierung ins Werk gesetzt, führt zu diversen Spaltungen: Die soziale Polarisierung innerhalb der wie auch zwischen den einzelnen Gesellschaften (Zentren und Peripherie); Dualisierung transnationaler Wanderungen in Experten- bzw. Elitenmigration einerseits und Elendsmigration andererseits; eine Krise bzw. ein Zerfall der Städte, durch Marginalisierung und sozialräumliche Segregation bedingt, gehören zu den Folgen,³⁰ auf die Rechtsextremisten eine demagogische, aber keineswegs überzeugende Antwort geben.

Ein „nationaler Wettbewerbsstaat“ (Joachim Hirsch), der kein herkömmlicher Wohlfahrtsstaat mit einer umfassenden Verantwortung für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit mehr sein möchte, verschärft durch seine marktradikale Wirtschaftspolitik die soziale Ungleichheit und bereitet damit den Resonanzboden für gesellschaftliche Ausgrenzungs- und Ethnisierungsprozesse. Je mehr die Konkurrenz gegenwärtig in den Mittelpunkt zwischenstaatlicher und -menschlicher Beziehungen rückt, umso leichter lässt sich die ethnische bzw. Kulturdifferenz politisch aufladen. Gegenwärtig greift verstärkt ein Trend zum „hedonistisch-konsumistischen Sozialdarwinismus“ um sich: „Nach dem globalen Sieg der Marktwirtschaft hat jenes Prinzip, demzufolge der Stärkere sich durchsetzt und das Schwache auf der Strecke bleibt, noch an Plausibilität gewonnen. Der aktuelle Rechtsextremismus und Rechtspopulismus beruhen auf einer Brutalisierung, Ethnisierung und Ästhetisierung alltäglicher Konkurrenzprinzipien.“³¹

Sozialdarwinismus fällt nicht vom Himmel, wurzelt vielmehr in der Erfahrungswelt einer Jugend, die durch das kapitalistische Leistungsprinzip, die Allgegenwart des Marktmechanismus und den Konkurrenzkampf jeder gegen jeden geprägt wird.³² Rivalität fungiert als Haupttriebkraft einer zerklüfteten, zunehmend in Arm und Reich gespaltenen Gesellschaft. „Die sozialdarwinistische Alltagsphilosophie, die damit einhergeht, erzeugt eine unauffällige, sich von direkter Gewalt fernhaltende und als ‚Sachzwang‘ der Ökonomie erscheinende Brutalität.“³³ Wo die Umverteilung von unten nach oben unter Hinweis auf Globalisierungsprozesse – als zur Sicherung des „eigenen Wirtschaftsstandortes“ unbedingt erforderlich – legitimiert wird, entsteht ein gesellschaftliches

³⁰ Vgl. hierzu ausführlicher: Christoph Butterwegge, Weltmarkt, Wohlfahrtsstaat und Zuwanderung, in: ders./Gudrun Hentges (Hrsg.), Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, 2. Aufl. Opladen 2003, S. 60 ff.

³¹ Jutta Menschik-Bendele/Klaus Ottomeyer, Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Entstehung und Veränderung eines Syndroms, 2. Aufl. Opladen 2002, S. 305

³² Vgl. Reinhard Kühnl, Nicht Phänomene beschreiben, Ursachen analysieren. Zum Problem der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ulrich Schneider (Hrsg.), Tut was! – Strategien gegen Rechts, Köln 2001, S. 32 f.

³³ Arno Klönne, Schwierigkeiten politischer Jugendbildung beim Umgang mit dem Thema „Rechtsextremismus“, in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt, a.a.O., S. 266

Klima, das (ethnische) Ab- und Ausgrenzungsbemühungen stützt. In einer Zeit verschärfter Konkurrenz eine ideologische Rechtfertigung der Missachtung ethischer Grundwerte und größerer sozialer Ungleichheit (im Sinne von Ungleichwertigkeit) zu offerieren, bildet laut Franz Josef Krafeld einen Hauptgrund für die wachsende Attraktivität der rechtsextremen Orientierungen.³⁴

In der „Berliner Republik“ weht ein neokonservativer Zeitgeist durch Ministerien, Gerichtssäle und Redaktionsstuben. Da ihm die rot-grüne Bundesregierung wenig entgegenzusetzen hatte, sondern sich am Ende noch stärker als zu Beginn ihrer Amtszeit in „Neoliberalismus light“ und einem prinzipienlosen Pragmatismus erging, gewannen christlich-abendländische Werte und Traditionen wieder an Bedeutung. Exemplarisch seien die Buchpublikationen des Verfassungsrichters Udo Di Fabio, des Feuilleton-Chefs der *Welt*, Eckhard Fuhr, und des nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 22. Mai 2005 zum Ministerpräsidenten avancierten Jürgen Rüttgers genannt.³⁵ Durch die Bildung der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD erhielten nationale Stimmungen weiteren Auftrieb, wie das Motto „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“ des am 18. November 2005 unterzeichneten Koalitionsvertrages zumindest ahnen lässt.

Ausdifferenzierung des Nationalismus und Dualisierung des Rechtsextremismus

Kernideologien, organisatorische Formen, politische Strategien und soziale Wählerpotenziale des Rechtsextremismus differenzieren sich im Rahmen der Globalisierung aus: Neben den völkischen Nationalismus in Bevölkerungsschichten, die Angst vor einem „Turbo-Kapitalismus“ (Edward N. Luttwak) haben, tritt ein Standortnationalismus, den in erster Linie solche Schichten unterstützen, die von einer neoliberalen Modernisierung profitieren, den „Umbau“ des Wohlfahrtsstaates nach Marktgesetzen forcieren und die soziale Ausgrenzung der weniger Leistungsfähigen intensivieren möchten.

Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt sind keineswegs bloß „hinterwäldlerisch“ anmutende Reaktionsweisen direkt betroffener oder benachteiligter Gruppen auf Globalisierungs-, neoliberale Modernisierungs- und soziale Marginalisierungsprozesse. Vielmehr verursachen diese auch in der gesellschaftlichen Mitte bzw. genauer: auf den „höheren Etagen“ bedrohliche Erosionstendenzen. „Gefahren der Entwicklung – auch solche der sozialen Desintegration und rechtsextremer

³⁴ Vgl. Franz Josef Krafeld, Zur Praxis der pädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 287

³⁵ Vgl. Udo Di Fabio, Die Kultur der Freiheit, München 2005 (als Rezension dazu: Warnfried Dettling, Der neue Zeitgeist: Konservatismus light, in: Die Zeit v. 19.5.2005); Eckhard Fuhr, Wo wir uns finden. Die Berliner Republik und das Vaterland, Berlin 2005; Jürgen Rüttgers, Worum es heute geht, Bergisch Gladbach 2005

Potentiale – gehen nicht von der ‚Masse‘ der Bevölkerung aus. In der politischen Qualifikation der alten und neuen Eliten liegt das Problem.“³⁶

Die neoliberale Modernisierung bewirkt auch eine Umstrukturierung, politisch-organisatorische wie geistig-ideologische Ausdifferenzierung und Dualisierung des Rechtsextremismus, der seither in einen traditionalistischen und einen modernistischen Flügel zerfällt. Sozialstrukturell zieht ersterer primär die Globalisierungs- bzw. Modernisierungsverlierer, letzterer besonders die Globalisierungs- bzw. Modernisierungsgewinner in seinen Bann. Über einen längeren Zeitraum hinweg dominieren Mischformen in Gestalt rechtspopulistischer Parteien, die soziale Aufsteiger ebenso anzusprechen suchen wie sozial Benachteiligte.

Wenn die Kritik an einem angeblich überbordenden, die Wirtschaft lähmenden und den „eigenen“ Standort gefährdenden Wohlfahrtsstaat im Zentrum der Wahlkampfpropaganda einer Rechtspartei steht, spricht Frank Decker von „ökonomischem Populismus“, den er gegenüber einer „politischen“ (bzw. „institutionellen“) sowie einer „kulturellen“ Variante des Phänomens abhebt.³⁷ Zwischen dem Neoliberalismus und der Neuen Rechten, die sich fast überall extrem marktradikal gebärdete, bevor sie – offenbar aus wahltaktischen Gründen – Konzessionen an breitere Schichten (Arbeitermilieu, sozial Benachteiligte) machte, besteht ein politisch-ideologisches Interdependenzverhältnis. „Selbst dort, wo neue rechtsradikale Parteien ihre wirtschaftsliberale Rhetorik einschränken, bedeuten die Konsequenzen ihres Aufstiegs Wasser auf die Mühlen neoliberaler Sozialstaatskritik.“³⁸ Man kann beim Rechtsextremismus deshalb keinen „Schwenk weg vom Neoliberalismus“ diagnostizieren,³⁹ sondern höchstens ein zeitweiliges Schwanken im Hinblick darauf, wie bestimmte Wählerschichten am besten erreicht werden.

Krisen- und Auflösungserscheinungen innerhalb des politischen Systems führen selbst dann, wenn sich – wie in der Bundesrepublik bisher – keine rechtspopulistische Partei fest etablieren oder auf Dauer halten kann, zu tektonischen Verschiebungen zwischen seinem Zentrum und der Peripherie, die sich quasi „nach innen“ bewegt, was Ursula Birsl und Peter Lösche mit folgenden Worten kommentieren: „Die äußerste Rechte befindet sich nicht mehr am Rand des politischen Spektrums, sondern in dessen Mitte.“⁴⁰ Wilhelm Heitmeyer vertritt sogar die weiter gehende These, „daß sich

³⁶ Michael Vester, Wer sind heute die „gefährlichen Klassen“? – Soziale Milieus und gesellschaftspolitische Lager im Wandel, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung*, a.a.O., S. 343

³⁷ Siehe Frank Decker, *Der neue Rechtspopulismus*, 2. Aufl. Opladen 2004, S. 177 ff.

³⁸ Herbert Kitschelt, Politische Konfliktlinien in westlichen Demokratien: ethnisch-kulturelle und wirtschaftliche Verteilungskonflikte, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung*, a.a.O., S. 439

³⁹ Siehe Thomas Greven, Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu Neoliberalismus und Global Governance, in: ders./Thomas Grumke (Hrsg.), *Globalisierter Rechtsextremismus?*, a.a.O., S. 19

⁴⁰ Ursula Birsl/Peter Lösche, (Neo-)Populismus in der deutschen Parteienlandschaft. Oder: Erosion der politischen Mitte, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung*, a.a.O., S. 369 f.

ein autoritärer Kapitalismus herausbildet, der vielfältige Kontrollverluste erzeugt, die auch zu Demokratieentleerungen beitragen, so daß neue autoritäre Versuchungen durch staatliche Kontroll- und Repressionspolitik wie auch rabiater Rechtspopulismus befördert werden.“⁴¹

Noch in anderer Hinsicht bereitet die neoliberale Hegemonie, die außer der „sozialen Symmetrie“ auch die Demokratie gefährdet, den Nährboden für Rechtsextremismus und Neofaschismus. Die scheinbare Übermacht der Ökonomie der Politik gegenüber bzw. transnationaler Konzerne dem einzelnen Nationalstaat gegenüber zerstört den Glauben vor allem vieler junger Menschen an die Entwicklungsfähigkeit und Gestaltbarkeit der Gesellschaft, treibt sie früh in die Resignation und verhindert so demokratisches Engagement, das im oft beschworenen „Zeitalter der Globalisierung“ nötiger denn je wäre.⁴²

Marktradikalismus, Wirtschaftsfundamentalismus und Wettbewerbswahn als Merkmale einer Neuen Rechten

Armin Pfahl-Traughber benutzt den Terminus „Neue Rechte“ als Sammelbezeichnung für eine geistig-intellektuelle Strömung des Rechtsextremismus, die in der Tradition der Konservativen Revolution steht.⁴³ Unter dieser Bezeichnung firmierten verstreute, in sich wenig homogene Diskussionszirkel, Gruppen und Publikationen, die nach dem Ersten Weltkrieg entstanden und spätestens 1933 vom Nationalsozialismus aufgesogen bzw. unterdrückt wurden. Ihre namhaftesten Vertreter waren Ernst Jünger, Edgar Julius Jung, Arthur Moeller van den Bruck, Ernst Niekisch, Carl Schmitt und Oswald Spengler. Unklar bleibt jedoch, warum gerade jene Ideologievariante des Rechtsextremismus als „neu“ klassifiziert werden soll, die Gedanken aus längst vergangener Zeit – der Weimarer Republik – aufgreift und übernimmt, ohne dabei besonders kreativ zu sein und eigene Akzente zu setzen.

Plausibler wäre es, als „Neue Rechte“ jene Kräfte zu bezeichnen, die durch Benutzung der sog. Neuen Medien viele Jugendliche erreichen und nach Meinung mancher Beobachter auch eine Gefahr eigener Qualität darstellen.⁴⁴ Eine solche Typologisierung bliebe freilich rein *formal*, denn politisch-ideologisch hätte sich wenig geändert. Da sich innerhalb des Rechtsextremismus wie an seinen Rändern gegenwärtig Differenzierungs-, Umorientierungs- und Neuformierungsprozesse

⁴¹ Wilhelm Heitmeyer, Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung, a.a.O., S. 500

⁴² Vgl. Arno Klönne, Schwierigkeiten politischer Jugendbildung beim Umgang mit dem Thema „Rechtsextremismus“, a.a.O., S. 262

⁴³ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998

abspielen, aber bisher kein Kriterium existiert, nach dem man zwischen Alter und Neuer Rechter unterscheiden kann, sollte die Stellung einer Partei, Organisation oder Person zur Globalisierung, zur Liberalisierung der Märkte oder zur neoliberalen Standortlogik bzw. -politik einen *inhaltlichen* Differenzpunkt bilden. Als „neurechts“ wären Strömungen im Rechtsextremismus selbst wie auch im politisch-ideologischen Grenzland zwischen diesem und dem Neoliberalismus zu bezeichnen, die Marktradikalismus mit *Standortnationalismus* kombinieren. Zur „alten Rechten“ würden nur Personen, Organisationen und Positionen zählen, die sich auf den *völkischen* Nationalismus stützen.

Die beiden Hauptflügel des Rechtsextremismus bieten unterschiedliche Interpretationsmuster zum Verständnis der Gesellschaftsentwicklung an, haben gegensätzliche Haltungen zur Globalisierung und werben um ganz andere (Wähler-)Schichten: Während sich die marktradikal-modernistische Richtung an „Globalisierungsgewinner“ wendet, denen es zumindest so lange relativ gut geht, wie deutsche (Groß-)Unternehmen hohe Gewinne erzielen, lenkt die traditionell-protektionistische Fraktion des Rechtsextremismus den wachsenden Unmut von der Lage auf dem Arbeitsmarkt oder dem starken Konkurrenzdruck für Handwerker, Einzelhändler/innen und Kleingewerbetreibende frustrierter „Globalisierungsverlierer/innen“ auf ihre Mühlen. *Rechtspopulistische* Parteien suchen manchmal sogar beide Gruppen gleichermaßen in einem politischen Spagat für sich zu gewinnen, was allerdings auch kontraproduktiv sein sowie zu Glaubwürdigkeitsverlusten in der Öffentlichkeit führen kann.

Während die Alte Rechte auf Traditionsbewusstsein, überkommenen Werten und dem Mythos des Reiches basiert, setzt die Neue Rechte eher auf Innovationsbereitschaft, geistige Mobilität und den Mythos des Marktes. Nicht bloß ihre „antiliberaler Grundhaltung“ à la Carl Schmitt,⁴⁵ sondern mehr noch ihre wirtschaftsliberale Grundhaltung à la Adam Smith ist für die Neue Rechte kennzeichnend. Typisch für den besagten Umschwung war ein wirtschafts- und sozialpolitischer Paradigmawechsel, der Protektionismus durch Marktradikalismus bzw. Freihandel, die Zentralisierung der Staatsmacht durch Privatisierung bzw. Entbürokratisierung und die „Volks-“ durch die „Standortgemeinschaft“ ersetzt. Die Neue Rechte ist heute nicht mehr einer völkischen Blut-und-Boden-Romantik verhaftet, sondern viel stärker markt-, wettbewerbs- und leistungsorientiert. Pointiert formuliert: Statt fremder Länder will sie neue Absatzmärkte erobern.

Mit unterschiedlichen, wenn nicht gegensätzlichen Positionen zu Marktwirtschaft, Privatisierung und Deregulierung hat sich eine neue Scheidelinie zwischen den Fraktionen im ultrarechten Lager

⁴⁴ Vgl. Rainer Fromm/Barbara Kernbach, *Rechtsextremismus im Internet. Die neue Gefahr*, München 2001

⁴⁵ Siehe Wolfgang Gessenharter, *Die „Neue Rechte“ als Scharnier zwischen Neokonservatismus und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, in: Rainer Eisfeld/Ingo Müller (Hrsg.), *Gegen Barbarei. Essays Robert M.W. Kempner zu Ehren*, Frankfurt am Main 1989, S. 432

herausgebildet. Insofern gibt die Zweiteilung des Nationalismus, seine Ausdifferenzierung in einen völkisch-traditionalistischen und einen modernistischen bzw. *Standort*nationalismus ein geeignetes Klassifikationsraster zur Unterscheidung zwischen der Alten und der Neuen Rechten ab. Ohne „den nach wie vor zentralen Stellenwert des völkischen Nationalismus für die Neue Rechte“ zu leugnen, wie Friedemann Schmidt unterstellt,⁴⁶ ist zu berücksichtigen, dass sich die neoliberale Standortlogik damit amalgamiert und heute vor allem bei Wirtschaftseliten auf viel größere Akzeptanz trifft als manche traditionelle Ideologeelemente. Standortnationalismus läßt sich jedoch im wiedervereinten Deutschland mit seiner historischen Belastung durch die NS-Vergangenheit immer noch völkisch auf.

Der traditionelle Rechtsextremismus war ein Befürworter der ökonomischen Staatsintervention und sozialer Prozesssteuerung. Paternalismus, Protektionismus und (Sozial-)Patriotismus prägten seine Wirtschafts- bzw. Gesellschaftspolitik. Gefahr droht allerdings weniger von einer Wiederbelebung völkischer Mystik durch Neonazis, die sich auf dem Obersalzberg treffen, zum Kyffhäuser pilgern oder alljährlich ins oberfränkische Wunsiedel wallfahrten, wo der Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß begraben liegt, als von einer modernistischen Fraktion, die das Konzept der „Standortsicherung“ zuspitzt und dafür die Unterstützung mächtiger Wirtschaftskreise erwartet.

Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?

Der modernisierte Rechtsextremismus/-populismus hat mit dem „alten“ Faschismus zwar viele Grundprinzipien gemein, ist jedoch ohne Bezug auf die Parolen des Neoliberalismus schwerlich vorstellbar. Die rechte Wertetrias, so scheint es, bilden nicht mehr „Führer, Volk und Vaterland“, sondern Markt, Leistung und Konkurrenzfähigkeit (des Industriestandortes): Privatisierung sozialer Risiken, öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen, Deregulierung des Arbeitsmarktes und Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse bilden jene Zauberformel, mit der man die Zukunft des „Standortes D“ sichern will. Das altbacken klingende Wort „Volk“ braucht die Neue Rechte gar nicht mehr, um ihre Politik, Programmatik und Praxis zu begründen, zumal es immer schon eine Legitimationsbasis für die Machtansprüche elitärer, sich überlegen dünkender Minderheiten bildete.

Obwohl ihr weiterhin das Image der „Ewiggestrigen“ und der „Unbelehrbaren“ anhaftet, versucht die Neue Rechte, sich „an die Spitze des Fortschritts“ zu setzen, was deshalb möglich erscheint, weil sie im Unterschied zu den etablierten Parteien selbst die verheerendsten „Kollateralschäden“

⁴⁶ Siehe Friedemann Schmidt, Die Neue Rechte und die Berliner Republik. Parallel laufende Wege im Normalisierungsdiskurs, Wiesbaden 2001, S. 21

von Marktradikalismus und Wettbewerbswahn nicht scheut, sondern die Devise „Noch mehr Markt, aber weniger Demokratie wagen!“ ausgibt.

Zwar verfügt die Neue Rechte nicht über die Staatsmacht, aber sie beeinflusst die politische Kultur der Bundesrepublik, indem sie den öffentlichen Diskurs zu dominieren, Themen zu bestimmen und Begriffe umzudeuten sucht. Wie die „alte“ wendet sich die Neue Rechte sozioökonomischen Fragen zu, die im Zeichen der Globalisierung tendenziell an Bedeutung gewinnen. „Wirtschaft und Soziales sind inzwischen das zentrale Politikfeld geworden, auf das sich programmatische Bemühungen und Agitationskampagnen fast der gesamten rechtsextremen Szene konzentrieren.“⁴⁷ Die Neue Rechte verbindet unter Bezugnahme auf negative Folgewirkungen der Globalisierung die soziale mit der „Ausländerfrage“. Dadurch gewinnt sie leichter Anschluss an die neoliberale Sozialstaatskritik und hegemoniale Diskurse, was eine historisch bedeutsame Veränderung im rechten Lager darstellt.⁴⁸

Die politisch-ideologischen Übergänge zwischen Neoliberalismus und Neuer Rechter sind fließend, etwa im Hinblick auf die Wohlfahrtsstaatskritik. Das beweisen Buchautoren wie Roland Baader oder Alfred Zänker,⁴⁹ die als Grenzgänger fungieren, zumal ihnen neurechte Publikationsorgane offen stehen. „Neurechte Autoren nehmen das neoliberale Freiheitsverständnis auf, um es in Anlehnung an die neoliberale Kritik am Sozialstaat polarisierend gegen das Gleichheitsprinzip auszuspielen.“⁵⁰ Gerd Wiegel sieht die Geistesverwandtschaft zwischen der Neuen Rechten sowie den politischen Machthabern und den etablierten Parteien in einer Relativierung bzw. Auflösung des Sozialen. Er weist darauf hin, „dass auch in der Mitte die Antworten auf die soziale Frage nur noch aus Elementen rechter Ideologie bestehen, dass also die Vorstellung der prinzipiellen und anthropologisch begründeten Ungleichheit an die Stelle von Solidarität, Emanzipation und Gleichheit getreten ist.“⁵¹

Die parlamentarische Demokratie ist keineswegs, wie oft behauptet, ein politischer Verwandter der kapitalistischen Marktwirtschaft, vielmehr akut bedroht, wenn sie mächtigen Wirtschaftsinteressen

⁴⁷ Ralf Ptak, Die soziale Frage als Politikfeld der extremen Rechten. Zwischen marktwirtschaftlichen Grundsätzen, vormodernem Antikapitalismus und Sozialismus-Demagogie, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, NPD, REP – Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, S. 98

⁴⁸ Vgl. Rainer Benthin, Auf dem Weg in die Mitte. Öffentlichkeitsstrategien der Neuen Rechten, Frankfurt am Main/New York 2004, S. 187

⁴⁹ Vgl. Alfred Zänker, Der bankrotte Sozialstaat. Wirtschaftsstandort Deutschland im Wettbewerb, München 1994; Roland Baader, Fauler Zauber. Schein und Wirklichkeit des Sozialstaats, Gräfelting 1997.

⁵⁰ Hanna-Ruth Metzger, Rechtsintellektuelle Offensive. Diskursstrategische Einflüsse auf die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Münster 2004, S. 210

⁵¹ Siehe Gerd Wiegel, Völkischer Neoliberalismus. Vom populistischen Spagat einer modernisierten Rechten, in: Dietrich Heither/Gerd Wiegel (Hrsg.), Die Stolzdeutschen. Von Mordspatrioten, Herrenreitern und ihrer Leitkultur, Köln 2001, S. 154

im Wege steht. Neokonservative und Standortnationalisten träumen von einem „schlanken“, aber nichtsdestoweniger schlagkräftigen Staat. Während man die Sozialfunktionen des Staates stützen und Wohlfahrtsleistungen für Bedürftige stornieren will, sollen seine Repressionsapparate (Polizei, Justiz und Geheimdienste) gestärkt werden. „Die aktuelle Forderung nach einem ‚schlanken Staat‘ steht dazu nicht im Gegensatz, sondern ist geradezu eine Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des ‚starken Staates‘ als Garant der Wettbewerbsgesellschaft.“⁵²

Wer die Ökonomie verabsolutiert, negiert im Grunde die Politik und die repräsentative Demokratie, weil sie Mehrheitsentscheidungen zum Fixpunkt gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse macht und nicht das Privateigentum an Produktionsmitteln. Selbst das Grundgesetz der Bundesrepublik ist Neoliberalen ein Dorn im Auge,⁵³ gilt es doch, sein Sozialstaatsgebot außer Kraft zu setzen und dem Markt nicht nur Vor-, sondern auch Verfassungsrang einzuräumen. Dabei stören demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, die meistens (zu) lange dauern, Prinzipien wie die Gewaltenteilung und föderale Strukturen, weil sie Macht beschränken, sowie der Konsenszwang eines Parteienstaates.

Literatur

Baader, Roland: Fauler Zauber. Schein und Wirklichkeit des Sozialstaats, Gräfeling 1997

Badura, Jens/Rieth, Lothar/Scholtes, Fabian (Hrsg.): „Globalisierung“. Problemsphären eines Schlagwortes im interdisziplinären Dialog, Wiesbaden 2005

Baring, Arnulf: Deutschland, was nun? – Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler, Berlin 1991

Baring, Arnulf: Scheitert Deutschland? – Abschied von unseren Wunschwelten, Stuttgart 1997

Benthin, Rainer: Auf dem Weg in die Mitte. Öffentlichkeitsstrategien der Neuen Rechten, Frankfurt am Main/New York 2004

Bergem, Wolfgang: Tradition und Transformation. Eine vergleichende Untersuchung zur politischen Kultur in Deutschland, Mit einem Vorwort von Kurt Sontheimer, Opladen 1993

Birsl, Ursula/Lösche, Peter: (Neo-)Populismus in der deutschen Parteienlandschaft. Oder: Erosion der politischen Mitte, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 2001, S. 346-377

Brodkorb, Mathias: Metamorphosen von rechts. Eine Einführung in Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus, Münster 2003

⁵² Ralf Ptak, Chefsache. Basta! – Der Neoliberalismus als antiegalitäre, antidemokratische Leitideologie, in: Norman Paech/Eckart Spoo/Rainer Butenschön (Hrsg.), Demokratie – wo und wie?, Hamburg 2002, S. 95

⁵³ Vgl. z.B. Thomas Darnstädt, Die Konsensfalle. Wie das Grundgesetz Reformen blockiert, München 2004

- Brumlik, Micha: Das Öffnen der Schleusen. Bitburg und die Rehabilitation des Nationalismus in der Bundesrepublik, in: Georg M. Hafner/Edmund Jacoby (Hrsg.), Die Skandale der Republik, Frankfurt am Main 1989, S. 262-273
- Brumlik, Micha/Funke, Hajo/Rensmann, Lars: Umkämpftes Vergessen. Walser-Debatte, Holocaust-Mahnmal und neuere deutsche Geschichtspolitik, Berlin 2000
- Bukow, Wolf-Dietrich: Feindbild: Minderheit. Ethnisierung und ihre Ziele, Opladen 1996
- Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996
- Butterwegge, Christoph: Ambivalenzen der politischen Kultur, intermediäre Institutionen und Rechtsextremismus, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen 2001, S. 292-313
- Butterwegge, Christoph: Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt? – Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsursachen eines unbegriffenen Problems, in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, 2. Aufl. Opladen 2001, S. 13-36
- Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2002
- Butterwegge, Christoph/Cremer, Janine/Häusler, Alexander/Hentges, Gudrun/Pfeiffer, Thomas/Reißlandt, Carolin/Salzborn, Samuel: Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002
- Butterwegge, Christoph: Weltmarkt, Wohlfahrtsstaat und Zuwanderung, in: ders./Gudrun Hentges (Hrsg.), Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, 2. Aufl. Opladen 2003, S. 53-91
- Butterwegge, Christoph: Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden 2005
- Butterwegge, Christoph: Migrationsberichterstattung, Medienpädagogik und politische Bildung, in: ders./Gudrun Hentges (Hrsg.), Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung, Wiesbaden 2006, S. 185-235
- Darnstädt, Thomas: Die Konsensfalle. Wie das Grundgesetz Reformen blockiert, München 2004
- Decker, Frank: Der neue Rechtspopulismus, 2. Aufl. Opladen 2004
- Detting, Warnfried: Der neue Zeitgeist: Konservatismus light, in: Die Zeit v. 19.5.2005
- Dietl, Andreas/Möller, Heiner/Vogel, Wolf-Dieter: Zum Wohle der Nation, Berlin 1998
- Dietzsch, Martin/Jäger, Siegfried/Schobert, Alfred (Hrsg.): Endlich ein normales Volk? – Vom rechten Verständnis der Friedenspreis-Rede Martin Walsers. Eine Dokumentation, Duisburg 1999
- Di Fabio, Udo: Die Kultur der Freiheit, München 2005
- Dörre, Klaus: Globalisierung – Ende des rheinischen Kapitalismus?, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 2001, S. 63-89

Dörre, Klaus/Kraemer, Klaus/Speidel, Frederic: Marktsteuerung und Prekarisierung von Arbeit – Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen?, Hypothesen und empirische Befunde, in: Joachim Bischoff u.a., Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, Hamburg 2004, S. 77-118

Fromm, Rainer/Kernbach, Barbara: Rechtsextremismus im Internet. Die neue Gefahr, München 2001

Fuhr, Eckhard: Wo wir uns finden. Die Berliner Republik und das Vaterland, Berlin 2005

Gessenharter, Wolfgang: Die „Neue Rechte“ als Scharnier zwischen Neokonservatismus und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, in: Rainer Eisfeld/Ingo Müller (Hrsg.), Gegen Barbarei. Essays Robert M.W. Kempner zu Ehren, Frankfurt am Main 1989, S. 424-452

Grass, Günter: Rede vom Verlust. Über den Niedergang der politischen Kultur im geeinten Deutschland, Göttingen 1992

Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, München/Leipzig 1993

Greven, Thomas: Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu Neoliberalismus und Global Governance, in: ders./Thomas Grumke (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus? – Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 15-29

Greven, Thomas/Grumke, Thomas (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? – Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006

Hafez, Kai: Mythos Globalisierung. Warum die Medien nicht grenzenlos sind, Wiesbaden 2005

Heitmeyer, Wilhelm: Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 2001, S. 497-534

Hentges, Gudrun: Die Büchse der Pandora. Deutsche Leitkultur und nationale Interessen, in: Ulrich Schneider (Hrsg.), Tut was! – Strategien gegen Rechts, Köln 2001, 61-75

Jäger, Margret/Jäger, Siegfried: Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens, Berlin 1999

Jäger, Siegfried/Kretschmer, Dirk/Cleve, Gabriele/Griese, Birgit/Jäger, Margret/Kellershohn, Helmut/Krüger, Coerw/Wichert, Frank: Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart, Duisburg 1998

Kitschelt, Herbert: Politische Konfliktlinien in westlichen Demokratien: ethnisch-kulturelle und wirtschaftliche Verteilungskonflikte, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 2001, S. 418-442

Klärner, Andreas: Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, Köln 2000

- Klönne, Arno: Schwierigkeiten politischer Jugendbildung beim Umgang mit dem Thema „Rechtsextremismus“, in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, 2. Aufl. Opladen 2001, S. 259-267
- Klundt, Michael: Geschichtspolitik. Die Kontroversen um Goldhagen, die Wehrmachtsausstellung und das „Schwarzbuch des Kommunismus“, Köln 2000
- Krafeld, Franz Josef: Zur Praxis der pädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen 2001, S. 271-291
- Kühnl, Reinhard: Nicht Phänomene beschreiben, Ursachen analysieren. Zum Problem der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ulrich Schneider (Hrsg.), Tut was! – Strategien gegen Rechts, Köln 2001, S. 30-37
- Menschik-Bendele, Jutta/Ottomeyer, Klaus: Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Entstehung und Veränderung eines Syndroms, 2. Aufl. Opladen 2002
- Metzger, Hanna-Ruth: Rechtsintellektuelle Offensive. Diskursstrategische Einflüsse auf die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Münster 2004
- Miegel, Meinhard: Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen, 2. Aufl. Berlin/München 2002
- Pfahl-Traugber, Armin: „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998
- Piper, Ernst (Hrsg.): Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie? – Zur Auseinandersetzung um Norman Finkelstein, Zürich 2001
- Prantl, Heribert: Deutschland – leicht entflammbar. Ermittlungen gegen die Bonner Politik, München/Wien 1994
- Ptak, Ralf: Die soziale Frage als Politikfeld der extremen Rechten. Zwischen marktwirtschaftlichen Grundsätzen, vormodernem Antikapitalismus und Sozialismus-Demagogie, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, NPD, REP – Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, S. 97-145
- Ptak, Ralf: Chefsache. Basta! – Der Neoliberalismus als antiegalitäre, antidemokratische Leitideologie, in: Norman Paech/Eckart Spoo/Rainer Butenschön (Hrsg.), Demokratie – wo und wie?, Hamburg 2002, S. 87-102
- Rüttgers, Jürgen: Worum es heute geht, Bergisch Gladbach 2005
- Schäfer, Gert: Ausländerfeindliche Topoi offizieller Politik, in: Wolfgang Kreuzberger u.a., Aus der Mitte der Gesellschaft – Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1993, S. 78-93
- Schmidt, Friedemann: Die Neue Rechte und die Berliner Republik. Parallel laufende Wege im Normalisierungsdiskurs, Wiesbaden 2001
- Schoch, Bruno: Der Nationalismus – bekannt, nicht erkannt, in: Berthold Meyer (Red.), Eine Welt oder Chaos?, Frankfurt am Main 1996, S. 47-89

Schui, Herbert/Ptak, Ralf/Blankenburg, Stephanie/Bachmann, Günter/Kotzur, Dirk: Wollt ihr den totalen Markt? – Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997

Schwilk, Heimo/Schacht, Ulrich (Hrsg.): Die selbstbewußte Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, 2. Aufl. Berlin/Frankfurt am Main 1994

Senfft, Heinrich: Kein Abschied von Hitler. Ein Blick hinter die Fassaden des „Historikerstreits“, Köln 1990

Sinn, Hans-Werner: Ist Deutschland noch zu retten?, 8. Aufl. München 2004

Sontheimer, Kurt: Deutschlands Politische Kultur, 2. Aufl. München/Zürich 1991

Sontheimer, Kurt: Die Kontinuität antidemokratischen Denkens. Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik, in: Wolfgang Gessenharter/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004, S. 19-29

Steinberger, Petra (Hrsg.): Die Finkelstein-Debatte, München/Zürich 2001

Steingart, Gabor: Deutschland. Der Abstieg eines Superstars, 14. Aufl. München/Zürich 2004

Vester, Michael: Wer sind heute die „gefährlichen Klassen“? – Soziale Milieus und gesellschaftspolitische Lager im Wandel, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 2001, S. 298-345

Weizman, Mark: Antisemitismus und Holocaust-Leugnung: Permanente Elemente des globalen Rechtsextremismus, in: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus? – Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 52-69

Wiegel, Gerd: Völkischer Neoliberalismus. Vom populistischen Spagat einer modernisierten Rechten, in: Dietrich Heither/Gerd Wiegel (Hrsg.), Die Stolzdeutschen. Von Mordspatrioten, Herrenreitern und ihrer Leitkultur, Köln 2001, S. 143-171

Wiegel, Gerd/Klotz, Johannes (Hrsg.): Geistige Brandstiftung? – Die Walser-Bubis-Debatte, Köln 1999

Wippermann, Wolfgang: Wessen Schuld? – Vom Historikerstreit zur Goldhagen-Kontroverse, Berlin 1997

Zänker, Alfred: Der bankrotte Sozialstaat. Wirtschaftsstandort Deutschland im Wettbewerb, München 1994